

Gewalt an gewaltpräventiver Schule



Ausgerechnet an einer Schule, bei der Gewaltprävention auf dem Programm steht, der [Gottfried-Kinkel-Realschule](#) in Berlin-Spandau (Foto), ist der stellvertretende Direktor von einem Schüler und dessen zwei Cousins auf dem Schulhof zusammengeschlagen worden. Die Tat hatte einen Migrationshintergrund und [war ein Einzelfall](#), wie ein Sprecher der zuständigen Senatsverwaltung betonte.

Laut Zeugen der Oberschule hatte es gegen 11 Uhr im Klassenzimmer einer 7. Klasse Unruhe gegeben. Demnach soll ein Schüler mit Migrationshintergrund den Unterricht gestört haben und deshalb von seiner Lehrerin des Raumes verwiesen worden sein. Die Tür laut zuknallend habe der Jugendliche das Gebäude verlassen und offenbar mit einem Mobiltelefon zwei Cousins alarmiert.

„Die beiden körperlich sehr stark aussehenden Männer sind dann zusammen mit dem Siebtklässler auf dem Schulhof erschienen“, so ein Schüler der 10. Klasse. „Zunächst verließen sie das Gelände noch, kehrten dann aber durch einen Hintereingang zurück.“ Dort begegnete das Trio dem stellvertretenden Direktor der Schule. Nach Informationen von Morgenpost Online wurde der Mathematik- und Sportlehrer angegriffen und mehrfach geschlagen. Mehrere Schüler seien dem beliebten Pädagogen zu Hilfe geeilt und hätten die Schläger vertreiben können. (...) Das Opfer wurde zur Behandlung in ein nahe gelegenes Krankenhaus transportiert,

dort sollen mehrere Verletzungen, darunter eine beschädigte Rippe sowie zahlreiche Prellungen diagnostiziert worden sein.

Wahrscheinlich genauso ein Einzelfall [wie dieser](#):

In einer Gesamtschule im niedersächsischen Pattensen schlugen am Mittwoch fünf Jugendliche mit einer Stahlrute auf einen Lehrer ein. Sie verletzten den 42-Jährigen leicht und wurden nach der Tat festgenommen, berichtete die Polizei. (...) In Pattensen wollten die fünf Jungen im Alter von 15 und 16 Jahren drei andere Teenager abpassen, mit denen sie möglicherweise seit längerem im Streit lagen. Die Jugendlichen waren mit Tüchern maskiert und fielen so dem Lehrer auf, der in der Mittagszeit die Pausenaufsicht in der Schule führte. Der Mann stellte sich ihnen in den Weg. Sie schlugen daraufhin mit der Rute auf ihn ein

Das müssen wir aushalten!

(Spürnasen: Humphrey, Finn, Milan, Rudolf L., Christian F. und Dr. Rüdiger W.)



Ein

Europa

der

Parallelgesellschaften



Heute leben 54 Millionen Muslime in Europa – und täglich werden es mehr. Der holländische Parlamentarier Geert Wilders schildert die Herausforderungen für die freie Gesellschaft durch den Islam.

Auszüge einer Rede von Geert Wilders, gehalten am 25. September 2008 am Hudson Institute in New York. Übersetzung und Quelle: „[Schweizerzeit](#)„.

Das Europa, das Sie kennen ändert sich. Sie kennen vielleicht die bemerkenswerten Bauwerke: Den Eiffelturm oder den Trafalgar Square oder Roms antike Baudenkmäler und vielleicht auch die Kanäle von Amsterdam. Sie sind alle noch da. Und sie schauen alle immer noch gleich aus wie vor Jahrhunderten.

Aber in all diesen Städten – manchmal nur einige wenige Häuserblocks weg von den Tourismusstätten – ist eine andere Welt, eine Welt, die nur wenige fremde Besucher sehen – und eine Welt, die in keinem Touristenführer vorkommt. Es ist die Welt der Parallelgesellschaft, gegründet auf einer muslimischen Masseneinwanderung. Überall in Europa bildet sich eine neue Realität: Ganze muslimische Quartiere, in denen nur sehr wenige Einheimische leben oder gesehen werden. Und falls es Einheimische hat, finden ihre Anliegen kein Gehör. Das gilt ebenso für die Polizei.

Die Welt der Kopftücher

Es ist die Welt der Kopftücher, in der Frauen in formlosen

Zelten umherlaufen mit Kinderwagen und einer Menge Kinder. Ihre Ehemänner – oder Sklavenhalter, wenn Sie das lieber mögen – laufen drei Schritte hinter ihnen. An vielen Straßenecken hat es Moscheen. Die Läden sind mit Tafeln beschriftet, die Sie und ich nicht lesen können. Sie werden kaum wirtschaftliche Aktivitäten finden. Es sind muslimische Ghettos, die von religiösen Fanatikern kontrolliert werden. Es sind muslimische Stadtteile, die in jeder europäischen Stadt wie Pilze aus dem Boden schießen. Es werden immer mehr Häuser und Straßen unter ihre Kontrolle kommen, immer größere Teile Europas, Straße um Straße, Stadtteil um Stadtteil, Stadt um Stadt.

„Wir haben die Herrschaft“

Es gibt bereits Tausende von Moscheen in ganz Europa. Mit größeren Gemeinden als man sie in Kirchen vorfindet. Und in jeder europäischen Stadt gibt es Pläne für Super-Moscheen, die jede Kirche in den Schatten stellen. Das Signal der Muslime ist klar: „Wir haben die Herrschaft.“

Manche europäische Stadt ist bereits ein einziges muslimisches Quartier: Nehmen sie Amsterdam, Marseille oder Malmö in Schweden. Paris ist jetzt umgeben von einem Ring muslimischer Stadtteile. Mohammed ist der häufigste Vorname für Knaben in vielen Städten. In gewissen Grundschulen Amsterdams dürfen Bauernhöfe nicht mehr erwähnt werden, weil damit auch Schweine erwähnt würden – und dies wäre eine Beleidigung für Muslime. Viele staatliche Schulen in Belgien und Dänemark servieren ihren Schülern nur noch nach islamischen Regeln geschlachtetes bzw. zubereitetes Fleisch. Im einst toleranten Amsterdam werden Homosexuelle fast ausschließlich von Muslimen gejagt. Nicht-muslimische Frauen werden regelmäßig als „Huren“ beschimpft.

Schikanen für Nicht-Muslime

Die Satellitenschüsseln sind nicht mit lokalen Fernsehkanälen

verbunden, sondern mit Fernsehstationen aus den Herkunftsländern der Muslime. In Frankreich werden die Lehrer angewiesen, Autoren zu vermeiden, welche die Muslime als anstößig erachteten, einschließlich Voltaire und Diderot; das Gleiche gilt zunehmend für Darwin. Die Geschichte des Holocausts kann in vielen Fällen nicht mehr gelehrt werden wegen muslimischer Empfindlichkeit. In England sind Scharia-Gerichte bereits Teil des britischen Rechtssystems. Viele Stadtteile in Frankreich sind „No-go-areas“ für Frauen ohne Kopftuch.

Vor kurzem starb beinahe ein Mann, als er in Brüssel von Muslimen zusammengeschlagen wurde, weil er während des Ramadans getrunken hatte. Juden verlassen Frankreich in Rekordzahl wegen der schlimmsten antisemitischen Wellen seit dem Zweiten Weltkrieg.

54 Millionen Muslime

Total leben heute rund 54 Millionen Muslime in Europa. Kürzlich berechnete die Universität San Diego, dass bereits in zwölf Jahren atemberaubende 25 Prozent der europäischen Bevölkerung muslimisch sein wird. Bernhard Lewis hat ja bereits eine muslimische Mehrheit am Ende dieses Jahrhunderts vorhergesagt.

Nun, das sind lediglich Zahlen. Und diese Zahlen wären nicht bedrohend, wenn die muslimischen Einwanderer einen starken Wunsch nach Assimilation hätten. Aber es gibt wenige Anzeichen dafür, dass dem so wäre. Das Pew Research Center gab bekannt, dass die Hälfte der französischen Muslime eine größere Loyalität zum Islam als zum französischen Staat hat. Ein Drittel aller französischen Muslime sind nicht gegen Selbstmordattentate. Das *British Center of Social Cohesion* berichtete, dass ein Drittel der britischen Muslime ein weltweites Kalifat befürworten. Gemäß einer holländischen Studie zeigt die Hälfte aller holländischen Muslime „Verständnis“ für die 9/11-Attentate.

„Respekt“

Muslime verlangen nach „Respekt“. Und so geben wir ihnen Respekt. Es ist der Wille unserer Eliten nachzugeben und damit aufzugeben. In meinem eigenen Land brauchte es einen Anruf eines Regierungsmitglieds und die Ferien der Muslime wurden in Staatsferien umgewandelt. Es gibt eine Äußerung eines anderen Kabinettsmitglieds, dass der Islam ein Teil der holländischen Kultur sei. Und es gibt von einem christdemokratischen Justizminister eine Beteuerung, dass er bereit wäre, die Scharia zu akzeptieren, falls es in Holland eine muslimische Mehrheit geben wird. Wir haben inzwischen Regierungsmitglieder mit marokkanischen und türkischen Pässen.

Muslimische Intifada

Muslimische Forderungen werden von ungesetzlichem Verhalten begleitet, von Kleinkriminalität und wahlloser Gewalt – zum Beispiel gegen Krankenpfleger und Buschauffeure bis zu Ausschreitungen. Paris sah diese Unruhen in den Vorstädten der Unterschicht, den Banlieus. Einige wollen diese als isolierte Unglücksfälle anschauen, aber ich nenne sie eine muslimische Intifada. Ich nenne diese Täter „Siedler“. Das ist es, was sie sind. Sie kommen nicht, um sich in unsere Gesellschaft zu integrieren. Sie kommen, um unsere Gesellschaft in ihren Dar-al-Islam zu integrieren. Deshalb sind sie Siedler.

Das erste, was Sie über den Islam wissen müssen, ist die hohe Wichtigkeit des Korans. Der Koran ist Allahs eigenes Wort, offenbart durch einen Engel vom Propheten Mohammed. Daher kommen die Schwierigkeiten. Jedes Wort im Koran ist Allahs Wort und deshalb nicht offen für Diskussion oder Interpretation. Das gilt jederzeit und für jeden Muslim. Deshalb gibt es auch nicht so etwas wie einen moderaten Islam. Sicher, es gibt eine Menge moderater Muslime. Aber ein moderater Islam existiert nicht.

Der Koran steht für Hass, Gewalt, Unterwerfung, Moral und

Terrorismus. Der Koran ruft Muslime auf, Nicht-Muslime zu töten, zu terrorisieren und gegen sie Krieg zu führen: den totalen Dschihad. Der Dschihad ist eine Pflicht für jeden Muslim, der Islam will die Welt beherrschen – mit dem Schwert. Der Koran ist antisemitisch. Er beschreibt die Juden als Affen und Schweine.

Keine Kritik an Mohammed

Das zweite, was Sie wissen müssen, ist die Wichtigkeit des Propheten Mohammed. Sein Verhalten ist ein Vorbild für alle Muslime und darf nicht kritisiert werden. Nun, falls Mohammed ein Mann des Friedens wäre, sagen wir eine Kombination von Gandhi und Mutter Teresa, wäre dies kein Problem. Aber Mohammed war ein Kriegsfürst, ein Massenmörder – und er hatte mehrere Ehen – alle gleichzeitig.

Die islamische Überlieferung erzählt uns, wie er in Schlachten kämpfte, wie er seine Feinde und Kriegsgefangene tötete. Mohammed selbst schlachtete den jüdischen Stamm von Banu Qurayza ab.

Der Islam kennt keine andere Moralität als die Vorzüge des Islam. Falls es gut für den Islam ist, ist es gut. Wenn es schlecht ist für den Islam, ist es schlecht. Da gibt's keine Grauzone oder eine andere Seite.

Politische Ideologie

Der Koran als Allahs eigenes Wort und Mohammed als der perfekte Mensch sind die zwei wichtigsten Aspekte des Islam. Niemand sollte sich täuschen, dass der Islam eine Religion ist. Sicher, der Islam kennt einen Gott und sogar 72 Jungfrauen. Aber sein Kern ist politische Ideologie. Es ist ein System, das detaillierte Regeln für die Gesellschaft und das Leben jeder einzelnen Person festlegt. Der Islam will jeden Aspekt des Lebens diktieren. Der Islam ist nicht zu vereinbaren mit Freiheit und Demokratie, weil er nach der Scharia strebt. Wenn Sie den Islam mit etwas vergleichen

wollen, dann vergleichen Sie ihn mit dem Kommunismus oder dem Nationalsozialismus. Das sind alles totalitäre Ideologien.

Das ist es, was Sie über den Islam wissen müssen, um zu verstehen, was in Europa vor sich geht. Für Millionen von Muslimen sind der Koran und das Leben Mohammeds nicht vierzehn Jahrhunderte alt, sondern sie sind jeden Tag Realität, ein Ideal, das jeden Aspekt ihres Lebens regelt. Nun wissen Sie, weshalb Winston Churchill den Islam als die am meisten rückwärts gewandte Kraft der Welt bezeichnete und weshalb er „Mein Kampf“ mit dem Koran verglich.

SPD-Politikerin: Abweichler vierteilen



Den Gedanken daran, dass man im Mittelalter die vier abtrünnigen hessischen SPD-Abgeordneten, die die Wahl Andrea Ypsilantis zur Ministerpräsidentin verhinderten, geteert, gefedert und gevierteilt hätte, findet die Bundestagskandidatin der Frankfurter SPD, Ulli Nissen (Foto), „[wunderschön](#)“. Auf dem Frankfurter SPD-Parteitag hatte sie am vorletzten Wochenende auch ausgerufen, der Abgeordneten Everts müssten „die Beine abfaulen“.

Ganz im Stil der Politbüros der ZKs sozialistisch-kommunistischer Parteien findet sie, dass „solche Leute“, also solche, die von ihren demokratischen Rechten Gebrauch machen, mit allen Mitteln zur Rechenschaft gezogen werden müssten. [Das sagte](#) die Politikerin im Hessischen Rundfunk.

Gemeint waren die Genossen Dagmar Metzger, Jürgen Walter, Silke Tesch und Carmen Everts. Sie hatten vor einigen Wochen ihr Veto gegen Ypsilantis Plan eingelegt, sich mit den Stimmen der Linken zur Nachfolgerin von Ministerpräsident Roland Koch wählen zu lassen. Seitdem werden die Abweichler von Parteikollegen drangsaliert und gedemütigt.

Allen voran von der SPD-Politikerin Nissen. Es ist nicht ihre erste Geschmacklosigkeit. Auf dem Frankfurter SPD-Parteitag war sie mit der Bemerkung aufgefallen, der Abgeordneten Carmen Everts müssten „die Beine abfaulen“.

Eine skandalöse Entgleisung: Denn die mitbeschimpfte Partei-Rebellin Silke Tesch verlor im Alter von acht Jahren bei einem Lkw-Unfall ein Bein!

Inzwischen entschuldigte sich Nissen. Bei einer Linken dürften die Entgleisungen damit erledigt sein.

(Spürnasen: Tommaso und Rudolf L.)

SPD-Politiker Bicen: „Scheiß Bullen, Scheiß Staat!“

✘ [Das Hamburger Abendblatt berichtet heute, der Fall des islamischen SPD-Politikers Serkan Bicen \(Foto rechts\) aus Hamburg, der angeblich aufgrund seiner südländischen Herkunft](#)

von Polizisten misshandelt worden sein will (PI berichtete), würde in einem „neuen Licht erscheinen“.

Wir hingegen wissen natürlich längst, dass dieser Fall von Anfang an abstrus erschien und die Argumentation typisch für muslimische „Bereicherer“ ist, die sich selbst etwas zu Schulden haben kommen lassen. Mit der „Nazikeule“ konnte man zu gut von eigenen Fehlleistungen ablenken.

Und so verwundert es nicht, was der „Dienst interne Ermittlungen“ (DIE) dem Hamburger Abendblatt berichten konnte:

Zunächst waren zwei Polizisten – ein Mann und eine Frau – am Sonnabend, 6. Dezember, kurz nach ein Uhr wegen einer Ruhestörung zur Locco-Bar an der Juliusstraße im Schanzenviertel gerufen worden. Als sie aus ihrem Streifenwagen ausstiegen, soll Serkan Bicen sofort „Scheißbullen“ gerufen haben. Die Polizisten gingen daraufhin zu Bicen, der gegenüber der Bar stand, und forderten ihn – im Zuge der Eigensicherung – auf, seine Hände aus den Hosentaschen zu nehmen. Die Beamten befürchteten, dass er „gefährliche Gegenstände“ bei sich haben könnte. Bicen soll sich geweigert und weggedreht haben. Außerdem habe er gesagt, telefonieren zu wollen. Daraufhin soll einer der Beamten versucht haben, Bicens Hände zu packen. Der SPD-Mann soll sich allerdings dagegengestemmt und dann versucht haben, sich loszureißen. Offenbar wehrte er sich heftig gegen die Festnahme. Im Verlauf soll der 21-Jährige durch einen Polizeigriff am Kopf getroffen worden sein – kurze Zeit später wurde er auf dem Boden liegend mit Handschellen fixiert. Dabei seien Besucher aus der Locco-Bar zu den Polizisten gekommen und hätten sie bedrängt, Bicen wieder freizulassen. Die Beamten forderten jetzt Verstärkung über Funk an.

Bicen „schrie während der ganzen Zeit Beleidigungen gegen die Beamten“, heißt es im Polizeibericht. Während der SPD-Politiker zum Streifenwagen geführt wurde, soll er dann

zunächst sexuelle Beleidigungen gegen die Mütter der Polizisten ausgesprochen und immer wieder „Scheißstaat“ geschrien haben. Anschließend soll Bicen im Streifenwagen, mit dem er zur Personalienfeststellung an das Polizeirevier 16 gebracht wurde, randaliert haben.

In einem Zusatzbericht, der dem DIE von einem der Beamten vorliegt, heißt es: Der SPD-Politiker habe in der Garage „Du Scheiß-Nazi, ich sehe dich wieder, und dann bist du dran“ gesagt.

In der Wache an der Lerchenstraße soll sich Bicen dann ohne Aufforderung nackt ausgezogen und den Beamten seine Kleidung vor die Füße geworfen haben. Obwohl sein Gesicht durch die Rängelei bei der Festnahme gerötet gewesen sei, habe er die Behandlung durch eine Rettungswagen-Besatzung abgelehnt. Nach der Personalienfeststellung sei Bicen wieder entlassen worden.

Der Jungpolitiker selbst bleibt im Gespräch mit dem Abendblatt bei seiner Darstellung. „Ich habe zwei Dinge versucht: aufzuklären und zu deeskalieren“, sagt Bicen. „Solche Ausfälle hat es nicht gegeben.“ Möglich sei allerdings, dass es Beleidigungen gegen die Beamten aus der vor der Bar versammelten Gruppe gegeben habe. „Wenn ich kein gutes Gewissen bei der Geschichte hätte, wäre ich nicht an die Presse herangetreten“, so Bicen. Entgegen anderen Medienberichten hat sich der Polizei noch immer kein Zeuge der nächtlichen Auseinandersetzung zur Verfügung gestellt.

Längst hat der Fall auch eine politische Dimension erreicht: Der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Bülent Ciftlik hat eine kleine Anfrage zu den Vorfällen an den Senat gestellt.

Hinter dem smarten SPD-Politiker versteckt sich also nichts weiter als der typische Muslim-Emigrant, wie man in jedes Wochenende hundertfach auf dem Hamburger Kiez erleben kann. Verlogen, staatsfeindlich, hasserfüllt, unbelehrbar,

gewalttätig. Die Reaktionen der SPD kann man mit Spannung erwarten. Wenn denn welche erfolgen.

(Gastbeitrag von Finn)

Spiegel Online hetzt gegen Václav Klaus



Wer noch einen Beweis über die ständig zunehmende Ideologisierung und Manipulation der MSM braucht, hier ein Beispiel: Zu den [jüngsten Ereignissen in Prag](#) berichtet jetzt [Spiegel Online](#), dass es nicht etwa wegen des herrischen Auftretens von seiner Arroganz Cohn-Bendit und dem unsäglichen Pöttering zum Krach kam, vielmehr ruft SpOn jetzt „Haltet den Dieb“ wegen der Aufzeichnung des „vertraulichen Gespräches“.

Auszug:

Es ist ein unglaublicher Vorgang: Tschechiens Präsident Klaus hat ein vertrauliches Gespräch mit Europa-Abgeordneten aufgezeichnet und veröffentlicht – ohne ihr Wissen. Das sorgt kurz vor dem Start der tschechischen Ratspräsidentschaft für mächtig Ärger.

Der tschechische Präsident gilt nicht gerade als

europafreundlicher Politiker. Mit einer ungewöhnlichen Abhöraktion hat sich Vaclav Klaus nun viel Ärger bei EU-Abgeordneten eingehandelt – und das rund zwei Wochen vor Beginn der tschechischen Ratspräsidentschaft.

Anfang Dezember habe Klaus ein Gespräch mit den Fraktionschefs der EU-Volksvertretung in Prag ohne ihr Wissen aufgezeichnet und auf der Webseite des tschechischen Präsidenten veröffentlicht, sagte der Vorsitzende der Sozialisten-Fraktion im Europaparlament, Martin Schulz. „Wir dachten, es sei ein vertrauliches Gespräch.“

Bei dem Treffen hatten sich Klaus und der Grünen-Fraktionschef Daniel Cohn-Bendit heftig gestritten. Der EU-Abgeordnete wollte wissen, wie Klaus zu der anti-europäischen Bewegung Libertas steht, die in Irland vor dem Referendum zum Lissabon-Vertrag erfolgreich gegen den Beitritt warb. Klaus hatte sich im November in Irland mit dem Libertas-Chef Decan Ganley getroffen.

Parlamentspräsident Hans-Gert Pöttering (CDU) reagierte auf den „präsidialen Lauschangriff“ empört: „In meiner 30-jährigen Zugehörigkeit zum Europaparlament habe ich so etwas nicht erlebt.“ In einer Demokratie sei es absolut ungewöhnlich, vertrauliche Gespräche mitzuschneiden.

Oberdhimmi Pöttering und Kinderfreund Cohn-Bendit sollten sich gefälligst erstmal bei Václav Klaus für ihr unverschämtes Auftreten in Prag entschuldigen, bevor sie ihre Erfüllungsgehilfen in den Redaktionen gegen den tschechischen Präsidenten aufhetzen!

- » dcohnbendit@europarl.eu.int
- » hans-gert.poettering@europarl.europa.eu
- » spiegel_online@spiegel.de

(Spürnase: Moderater Taliban)

Vorsicht: Gefahr durch Nazinummernschilder



Tausende deutscher Autofahrer insbesondere in Brandenburg könnten bald in Verdacht geraten, einer „rechtsextremen Vereinigung“ anzugehören, wenn sie Inhaber „verdächtiger Nummernschilder“ sind. Der Grund: Laut Verfassungsschutz wählen Rechtsextreme oft NS-Kürzel als Wunschkennzeichen für ihre Autos. Der [Geheimdienst warnt](#) daher jetzt vor bestimmten Buchstaben- und Zahlenkombinationen.

Besonders gefährdet sind Autobesitzer, deren Nummernschilder die Buchstabenkombinationen SA, HJ, SS, KZ, NS, AH (Adolf Hitler) und HH (Heil Hitler, ehemals bekannt als Hansestadt Hamburg) beinhalten. Gewarnt wird außerdem vor der Zahl 88 (als doppeltes SS oder HH, weil H der achte Buchstaben im Alphabet ist), sogar die 18 und 28 sind gefährlich.

Im Kampf gegen den Rechtsextremismus warnt der Brandenburger Verfassungsschutz vor Nummernschildern, die bevorzugt von Rechtsextremen genutzt werden. Neonazis würden demnach bestimmte Ziffern- und/oder Buchstabenkombinationen als Wunschkennzeichen nutzen, um so ihre Gesinnung nach außen zu zeigen.

„Diese dienen ebenso als Erkennungszeichen unter

Gleichgesinnten“, wie es beim Verfassungsschutz heißt. Unter dem Titel „Falsche Kennung – Kritische Kombinationen auf Kfz-Kennzeichen“ informiert die Behörde deshalb in einer Broschüre und im Internet über Geheimcodes auf Nummernschildern, die auf eine „antidemokratische Einstellung“ hinweisen.

Bereits im Jahr 2000 erging vom Bundesverkehrsministerium an die Bundesländer die Empfehlung, Kombinationen, die auf ehemalige nationalsozialistische Vereinigungen oder Einrichtungen hinweisen, nicht zu verwenden. Im Bund-Länder-Fachausschuss Fahrzeugzulassung wurde sich damals auf „SA“, „HJ“, „SS“, „KZ“ und „NS“ geeinigt. Jetzt empfiehlt die Bundesregierung den Kraftfahrzeug-Zulassungsstellen zusätzlich, keine Kennzeichen zu vergeben, die auf „umstrittene Organisationen und Parteien hinweisen“.

Denn laut Brandenburger Verfassungsschutz machen neben Buchstaben auch bestimmte Zahlen Fahrzeugführer (rechts-)verdächtig: „18“ stehe für den ersten und achten Buchstaben im Alphabet; AH = Adolf Hitler. „88“ bedeute „Heil Hitler“ und selbst die Zahl „14“ im Kennzeichen sei politisch belastet: Sie stehe für 14 Wörter, die ein amerikanischer Neonazi-Führer vor Jahren als Parole ausgegeben hat: „Wir müssen die Zukunft für unser Volk und die Zukunft unserer weißen Kinder sichern.“

Auch die „28“ im Kennzeichen – möglicherweise noch in Kombination mit einem kahlköpfigen Fahrer – sei suspekt: Die Zahl stehe für den zweiten und achten Buchstaben des Alphabets – als Abkürzung für „Blood & Honour“, eine im Jahr 2000 verbotene Skinheadorganisation. Der Verfassungsschutz empfiehlt: Ein Buchstaben-Zahlen-Mix wie zum Beispiel „KZ 18“ nach der Ortsmarke sei „die Verbindung einer unerwünschten Buchstabenkombination mit einer unerwünschten Ziffernkombination (und) sollte ebenfalls nicht verwendet werden“.

Zwar mag es tatsächlich Rechtsradikale geben, die sich bewusst solche Nummern wählen, dennoch sind ein Großteil aller „verdächtigen“ Nummernschilder ein Produkt des Zufalls. In vielen Staaten kann man sich die Nummernschilder überhaupt nicht selber wählen.

Fahrzeughalter auf deutschen Straßen setzen sich selbst und ihren Wagen zukünftig der Gefahr aus, zum Kollateralschaden im Kampf gegen Rechts™ zu werden, nur weil sie zufällig eine in den Augen des argwöhnischen Betrachters verdächtige Autonummer haben.

Aus Gründen der persönlichen Sicherheit wird vielleicht schon bald als Reisewarnung veröffentlicht:

„Achtung, in Deutschland findet momentan eine groß angelegte Jagd gegen Rechts™ statt. Die Nazi-Zeichen sind oft nur für in die Jagd eingeweihte erkennbar. Es empfiehlt sich daher für Gäste, die aus dem nicht-islamischen Ausland kommen, bei einer Einreise nach Deutschland mit dem Pkw dringend, einen Anti-Nazi-Aufkleber gut-sichtbar am Wagen zu befestigen.“



DGB Hamburg: Türkischpflicht

für alle



Beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) in Hamburg ist jetzt offenbar [türkisch „Amtssprache“](#). Wer sich noch nicht integriert und es bisher vermieden hat, türkisch zu lernen, hat sich jetzt zu assimilieren und anzupassen. Die DGB-Geschäfte werden nämlich zum Teil bereits in türkisch geführt. Alteingesessene können gar nicht mehr mitdiskutieren, ohne die neue Landessprache zu beherrschen.

Eine Veranstaltung unter Federführung des DGB Hamburg sorgt für Irritationen. Am vergangenen Sonntag hatte der DGB, Abteilung für Migration, zu einer Veranstaltung zum kommunalen Wahlrecht eingeladen. Für das Diskussionsforum luden die Veranstalter gezielt die Bürgerschaftsabgeordneten mit Migrationshintergrund ein, außerdem war Vorgabe, dass die Veranstaltung in türkischer Sprache abgehalten wurde.

Die Sprecherin für Integration der CDU-Fraktion, Bettina Machaczek, hat dazu jetzt einen Beschwerdebrief an den DGB-Vorsitzenden Erhard Pumm geschrieben. Sie habe die Einladung „mit großer Verwunderung zur Kenntnis genommen“, so die Politikerin. Den Teilnehmern sei suggeriert worden, es gäbe eine politische Parallelstruktur mit Politikern türkischer Herkunft, schreibt Machaczek. Das sei ein „völlig falsches Signal zur Integration“.

Die Vizepräsidentin der Bürgerschaft, Nebahat Güclü (GAL) folgte der Einladung zwar, teilt aber die Kritik Machaczeks in Teilen. „Ich habe den Veranstaltern im Vorfeld gesagt,

dass man das Ganze in deutscher Sprache machen sollte“, so Güclü. „Schließlich handelt es sich um ein Thema, das viele betrifft, nicht nur Migranten.“ Ähnlich der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Bülent Ciftlik. „Man hätte viel großflächiger einladen müssen“, so Ciftlik, der aus familiären Gründen nicht an dem Forum teilnehmen konnte. Das sei den Einladenden aber inzwischen auch deutlich geworden. Veranstalter Hüseyin Yilmaz (DGB) verteidigt das Vorgehen: „Wir hatten viele Besucher, auch viele Ältere, die sonst nicht dorthin gekommen wären.“

Von den türkischen Besuchern, vor allem den älteren, kann man ja schließlich nicht verlangen, dass sie deutsch können. Da muss man schon tolerant sein und mit allen türkisch sprechen, wir sind ja hier auch in der ~~Türkei~~ Deutschland.

» Kontakt zum DGB-Hamburg: hamburg@dgb.de

» Abteilung Migration beim DGB Hamburg, Hüseyin Yilmaz, Berater: hueseyin.yilmaz@dgb.de

Autobahnbanner gegen die Islamisierung



In der Nacht auf Dienstag hat eine [anonyme Aktionsgruppe](#) mit großen Bannern Autofahrer auf das Problem der schleichenden Islamisierung aufmerksam gemacht. Wenn alle schweigen und auf das Eingreifen

der anderen warten, handelt keiner, und das Unrecht nimmt seinen Lauf.

Befestigt wurden die Banner an Autobahn- und Stadtbrücken in Heidelberg, Konstanz, Berlin, Osnabrück, Bremen, Eckernförde, München und Krefeld mit den Aufdrucken:

„Islam – oder Freiheit?“

www.unterm-schleier.com

„Freiheit – oder Islam?“

www.unterm-schleier.com

„Islam – Was ist das Problem?“

www.unterm-schleier.com



Das Aktionskomitee über die Banner-Idee:

Mit dieser Aktion machen wir auf die Islamisierung innerhalb der europäischen Gesellschaften aufmerksam. Auf der Internetseite www.unterm-schleier.com klären wir darüber hinaus Missverständnisse im Bezug zum Islam auf und stellen Fehlinformationen richtig.

Hierzu bietet die Seite Allgemeinwissen zum politischen Islam, Koranquellen, Geschichtliches und anderes Hintergrundmaterial. Zusätzlich stellen wir hier praktische Tipps zur Verfügung, was jeder Einzelne gegen die Islamisierung tun kann. Auch unsere früheren Aktionen wie die Verschleierung öffentlicher weiblicher Statuen mit einer Burka sind auf der Internetseite dokumentiert.

Wir sind eine internationale Gruppe junger Menschen, oftmals auch mit Migrationshintergrund, die Demokratie, kulturelle Vielfalt und Freiheiten lieben und sie auch genießen möchten. In einer Gesellschaft aufgewachsen, die auf Toleranz und Mitgefühl basiert, bekennen wir uns zu den in Europa gewachsenen Werten und möchten uns für sie einsetzen.

Unsere westlichen Freiheitswerte sind alles andere als selbstverständlich und mussten über Jahrhunderte hinweg immer wieder mühsam errungen und verteidigt werden. Diese Werte liegen uns besonders am Herzen und sind mit dem Islam nicht vereinbar:

- Freiheit des Individuums und Selbstbestimmung*
- Religions-, Gedanken- und Meinungsfreiheit sowie Pressefreiheit*
- Persönlichkeits- und Menschenrechte*
- Würde des Einzelnen*
- Rechtsstaatlichkeit und Demokratie*
- Schutz des Privateigentums*
- Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung von Mann und Frau*
- Toleranz*
- der Gedanke der Nachhaltigkeit*
- die Idee der Unterstützung Schwächerer*
- die Trennung von Staat und Religion und das Prinzip,*
- dass Religion Privatsache eines jeden Einzelnen ist.*

Dabei stehen wir in der Tradition des Humanismus und des Rationalismus. Wir beziehen uns gleichermaßen auf die christlich-jüdischen Werte, die Reformation, die Aufklärung, auf das vom früheren römischen Recht beeinflusste Zivil- und Strafrecht, und auf die als Idee in Griechenland geborene Demokratie.

Neben links- und rechtsradikalen Strömungen sehen wir vor allem im politischen Islam eine Gefahr für diese Werte.

Unsere Aktionen sind nicht in erster Linie gegen etwas

gerichtet. Wir möchten uns vielmehr für die europäischen Werte, für die Demokratie und für die errungenen Freiheiten einsetzen. Dieses Bewusstsein möchten wir zur Diskussion in die breite Öffentlichkeit tragen.



Wenn wir uns nicht für demokratische Werte und die Freiheit Europas einsetzen, wer soll es sonst tun?

„Frag dich nicht, was dein Land für dich tun kann, frag dich, was du für dein Land tun kannst.“ (Zitat John F. Kennedy)

Die Polizistenattacke, über die keiner spricht



Alle Welt spricht von Passau, doch nur wenige von Berlin-Charlottenburg. Dort ist gestern ein Polizist beim Versuch, einen Autoknacker

festzunehmen, von diesem durch mehrere Stiche in Hals und Brust lebensgefährlich verletzt worden. Die Story hat einen kleinen Schönheitsfehler: Es handelt sich bei dem Täter nicht um einen vermeintlichen Rechtsextremisten, sondern um einen türkischen Migranten namens Erkan Ö.

Nur die BILD-Zeitung rückt mit dem [Namen des Täters](#) heraus:

Unfassbarer Angriff auf einen Berliner Polizisten. Vor den Augen seiner Kollegen rammt ihm ein Dieb ein Messer in den Oberkörper. Fünfmal!

So kam es zu dem Drama im feinen Charlottenburg. Zeugen beobachten gegen 11.35 Uhr zwei Männer auf einer Baustelle in der Sophie-Charlotten-Straße. Sie wühlen in einem Ford Transit einer Sanitärfirma. Als die Diebe bemerken, dass sie beobachtet werden, greifen sie sich schnell die Digitalkamera (Wert 130 Euro) aus dem Rucksack, flüchten.

Die Bauarbeiter rufen die Polizei. Sofort geht eine Fahndung an alle Streifenwagen raus. Passanten berichten, dass die mutmaßlichen Täter in ein Haus nahe dem Tatort geflüchtet sind. Die Beamten gehen der Spur nach. 11.41 Uhr brechen sieben Polizisten die Wohnungstür im ersten Stock mit einem Rammbock auf.

Das spätere Opfer, Polizeikommissar Patrick G. (42) von der Fahndungstruppe beim Zentralen Verkehrsdienst, betritt als Erster die Wohnung. Mieter Erkan Ö. (30) steht mit einem Messer im Flur, rammt es dem Beamten sofort in die Brust, verletzt ihn an der Hand. Ein Stich trifft den Hals des Polizisten. Der Mann sackt zusammen. Seine sechs Kollegen bringen den Angreifer zu Boden, fesseln ihn.

Der Notarzt stabilisiert den schwer verletzten Beamten, dann wird er ins Westend-Krankenhaus gebracht, notoperiert. Am Abend war sein Gesundheitszustand stabil, er war außer Lebensgefahr.

Auch Erkan Ö. wird bei der Festnahme verletzt. Er kommt zur ambulanten Behandlung ins Krankenhaus, wird gegen 17 Uhr zur Mordkommission gebracht und vernommen.

Ein Polizeisprecher: „Wir ermitteln gegen den Mann wegen Diebstahls und versuchten Mordes.“

Wann sehen wir Herrn Wowereit am Krankenbett des verletzten Polizisten Patrick G.? Wann kommt die Forderung nach einem Moscheeverbot und nach besserem Schutz für die Beamten, die täglich auf Berlins Straßen ihr Leben riskieren, um die Bevölkerung vor der islamischen Migrantengewalt zu schützen? Wo bleibt die Presse, das Staatsfernsehen angesichts des Terrors von Migrantengruppen in den Großstädten? Wo bleiben die Mahnwachen und Lichterketten mit der Betroffenheitsbeauftragten Claudia Roth? Wo bleiben die Anständigen, die sagen „Jetzt reicht“? Und wo die muslimischen Migranten, die zu unserem Rechtsstaat stehen? Wo ist ihr Aufmarsch, ihr „Es reicht, Schluss mit der Gewalt“ Bekenntnis?

(Spürnasen: Maik B., franky, MacIntosh, Wikinger, Jason und Folrian G.)

Passau: Die Tatwaffe, das Tatvideo!



Hier das Bild eines Lebkuchenmessers. Unschwer am Schriftzug der Verpackung ist zu erkennen, dass es sich um ein eindeutig für Neonazis prädestiniertes Tatwerkzeug handelt. Nicht nur die Schriftart, sondern auch der aufgedruckte Ortsname Nürnberg passen in die „rechte“ Szene! Dies allein sollte Beweis genug sein, dass ein Rechtsradikaler Mordanschlag geplant und durchgeführt wurde. Oder hat bei dem Anblick dieses bestialischen Tatwerkzeuges noch irgendjemand Zweifel an der Herkunft der Täter?

Gut, das Messer gehörte dem „Opfer“. Aber diese Kleinigkeit muss ja nicht unbedingt erwähnt werden. Schließlich muss es ja in einer ähnlichen Verpackung gewesen sein. Und wie gesagt, „Nürnberg“ und der Schrifttyp sind typisch für Rechtsradikale.

Erstaunliche Entwicklung im Passauer Lebkuchenmesser-Fall: Heute morgen war in der ARD nicht mehr die Rede von Neonazis als Täter. Vielmehr wurde bekannt gegeben, dass eine Frau und ein Mann festgenommen wurden. Später wurde verlautbart, dass es sich nicht um die Täter handeln würde, sondern lediglich um Zeugen, von denen man eine heiße Spur erhoffte.

In den 22.15 Uhr Tagesthemen von gestern Abend, der Fall war inzwischen unter die „Nachrichten“ gerutscht und nicht mehr erwähnenswert, war der Verdacht auf „Neonazis“ schon nicht mehr geäußert worden. Dafür hieß es, bei den Festgenommenen handele es sich um zwei Tatverdächtige.

Was ist geschehen? Stand nicht gestern morgen noch allerorten fest, dass das 4. Reich unmittelbar bevorstünde? Musste nicht gestern noch der Bayrische Landtag zu einer Sondersitzung

zusammengetrommelt werden? Haben nicht hysterische „Volksvertreter“ gestern noch das Ende der Demokratie verkündet? Waren nicht gestern noch die „Anständigen“ millionenfach aufmarschiert? War nicht noch gestern Horst Seehofer mit bedrückter Mine am Krankenbett des Polizeichefs von Passau gestanden und hat ihm mit ebenso bedrückter Mine die Hand geschüttelt?

Und nun? Immer noch kein Phantombild! Immer noch kein Tatverdächtiger (real, denn gefühlt sind wir ja schon von Skinheads umzingelt). Dafür eine Spur. Sie führt angeblich nach Österreich. Vielleicht ja zufällig nach Braunau am Inn...

Da stellt sich dem denkenden Menschen die Frage: Muss die Bundesrepublik jetzt den Kampf gegen Österreich führen? Schließlich enthält das Wort Österreich ja ein schlimmes Wort: Reich!

Schon marschieren die Schwarzen Kolonnen der Antifa an die Österreichische Grrrrräääänze. Von jetzt an wird Lebkuchen mit Lebkuchen vergolten! Gestern war es nur meine Vermutung, und ein sarkastischer Unterton, dass sich ein zweites Mittweida abzeichnet. Heute bin ich davon überzeugt. Ein Polizeichef, der einen Staatsanwalt dazu veranlasst, ein Grab zu öffnen um eine Reichskriegsflagge aus einem Grab zu entnehmen, der dann mit einer derartigen Räuberpistole wie dem Lebkuchenmesserfall aufwartet, dem traue ich jeden Blödsinn zu.

Inzwischen ist auch das Tatvideo aufgetaucht:

Meine Meinung dazu: Mittweida II ist geboren.

» PI: [Der „Schlitzer“ von Passau](#)

» Achgut: [Die Passau-Hysterie – von Vera Lengsfeld](#)

(Gastbeitrag von Thomas Voß, Hamburg)

Wien: Lehrer von Migranten verprügelt



Er wollte mit seiner Klasse zum Eislaufen gehen, als die Kinder ohne jeden Grund, wie Lehrer Till I. (Foto) sagt, [von drei Jugendlichen angegriffen](#) wurden. Der Lehrer wollte seine Klasse beschützen und ging dazwischen. Resultat: Blaue Flecken am ganzen Körper und eine Platzwunde, die mit vier Stichen genäht werden musste, über dem linken Auge. Zwei der Jugendlichen hießen Süleyman H. (17) und Recep B. (15).

„Unsere Kinder haben die Jugendlichen, die auf der anderen Straßenseite standen, weder angepöbelt noch provoziert“, berichten die beiden Lehrer, Till I. und Thea T.

Die 24 Schüler der dritten Klasse Unterstufe der Schule Pazmanitengasse in Wien-Leopoldstadt waren gerade auf dem Weg zum Eislaufen. Doch nur wenige Meter nach der Schule, beim Volkertmarkt, begannen die Attacken. „Unsere Kinder gingen in Zweierreihe am Gehsteig, plötzlich kam ein Bursch daher und schlug einem Schüler auf den Hinterkopf. Ich stellte mich sofort dazwischen“, so Lehrerin Thea T. (54).

Dann eilte schon ihr Kollege Till I. herbei, drängte den Angreifer ab, ein Gerangel entstand. „Ich habe mich vor dem Kerl aufgebaut und versucht den Burschen von den Kindern weg

zu bringen“, sagt Till I. „Dann bemerkte ich, dass zwei weitere Burschen hinzukamen und im gleichen Moment spürte ich schon die ersten Faustschläge.“

Die Situation eskaliert

„Eines der Kinder hat bei einem der Täter einen Schlagring gesehen.“

Nicht alle Schüler schauten zu

„Ein Bub aus meiner Klasse, der aus Afghanistan stammt, ist mir zu Hilfe geeilt“, sagt Till I. „Er stürzte sich auf einen der Angreifer.“

Doch erst als dem Lehrer das Blut über das Gesicht lief, ließen die Peiniger von ihm ab.

„Die Schulklasse ist verängstigt. Und die Kleinen machten sich Dienstag sogar Vorwürfe, dass sie mehr helfen hätten müssen“, berichtet die geschockte Direktorin Eva Richlik.

Mit dieser Berichterstattung schürt oe24 ein Stück weit Vorurteile in der Gesellschaft. Die Printausgabe der KRONENZEITUNG sprach zunächst von einer „Migrantenbande“, [online](#) nimmt sie davon selbstverständlich Abstand. Auch der ORF ist volkspädagogisch [zurückhaltend](#). Dafür erfährt der Leser aber, die Täter schon mal entschuldigend, wodurch die Prügelei ausgelöst wurde: Durch ein Missverständnis. Na dann – alles halb so schlimm!

(Spürnasen: Josef W., Robert H. und Christoph L.)